diversen Erklärungen der UNESCO und dem Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin reicht. Der deutlich kürzere Blick auf die supranationalen bzw. europäischen Regelungen zeigt sodann, dass diese den Handlungsspielraum der Mitgliedsstaaten kaum einschränken, was den Blick auf die nationale Ebene und hier insbesondere auf die verfassungsrechtlichen Vorgaben lenkt. Die Autorin macht hier – in der Regel im Einklang mit der herrschenden Meinung – deutlich, dass der Nasciturus Träger des Lebensgrundrechts aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG ist und dass er auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Spezies Mensch unter dem verfassungsrechtlichen Würdeschutz des Art. 1 Abs. 1 GG steht. Abgerundet wird der zweite Teil des Werkes sodann durch eine Darstellung der strafrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Vorgaben sowie einige Anmerkungen zum Prozessrecht und zum Internationalen Privatrecht.

Der kurze dritte Teil der Untersuchung ist der Rechtsstellung des Nasciturus in der Zivilrechtsordnung gewidmet. Auch dieser Teil verdient Beachtung, denn die Verfasserin beschränkt sich nicht auf „Klassiker“ wie § 844 Abs. 2 S. 2 und § 1923 Abs. 2 BGB, sondern sie geht auch auf in diesem Kontext nicht jedem geläufige Regelungen wie § 331 Abs. 2 BGB und Tatbestände außerhalb des BGB ein.

Der vierte Teil der Arbeit ist sodann dem Begriff des Nasciturus im Zivilrecht gewidmet. Die Verfasserin gelangt hinsichtlich dieser umstrittenen Frage zu dem Ergebnis, es sei entsprechend dem biologischen Begründungsansatz auf den Zeitpunkt der Befruchtung abzustellen.

Diesem Ansatz kann man sicherlich Sympathie entgegenbringen, verwirrend ist jedoch spätestens nunmehr der Aufbau der Untersuchung, die mit einem fünften Teil – „Der Nasciturus im System des Zivilrechts“ – ihren Fortgang nimmt; wie grenzen sich der dritte Teil (Die Stellung des Nasciturus in der Zivilrechtsordnung) und der fünfte Teil (Der Nasciturus im System des Zivilrechts) gegeneinander ab? Stellt sich nicht zunächst die Frage, wer als Nasciturus anzusehen ist?

Lässt man diese Fragen außer Betracht, ist zum fünften Teil festzustellen, dass die Verfasserin sich detailliert mit der Stellung des Nasciturus im Zivilrechtssystem auseinandersetzt, wobei sie – ohne dies selbst näher zu begründen – zwischen der vermögensrechtlichen (Vertrag zugunsten Dritter, § 844 Abs. 2 S. 2 BGB und erbrechtliche Bestimmungen) und der persönlich-individuellen Sphäre des Nasciturus (insbesondere Integritätsschutz bei Verletzungen von Leben und Gesundheit und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts) differenziert. Sie gelangt dabei zu dem Ergebnis, dass die zivilrechtliche Stellung des Nasciturus geprägt ist von einer vermögensrechtlichen Berücksichtigung – soweit sie ihm zum Vorteil gereicht – für den Fall seiner Lebendgeburt sowie von einem unbedingten Integritätsschutz in Form unbedingter Ansprüche.

Gegenstand des sechsten Teils der Untersuchung sind sodann „Die rechtlichen Vorgaben zur Rechtsfähigkeit“. Die Verfasserin befasst sich hier (erneut) mit dem Begriff der Rechtsfähigkeit sowie deren Beginn und Ende, bevor sie gesetzliche Regelungen zur Rechtsfähigkeit des Nasciturus darstellt.

Der siebte Teil der Arbeit – auch insoweit habe ich Zweifel an deren Aufbau – widmet sich dem wissenschaftlichen Meinungsstand in der Literatur zur Rechtsfähigkeit des Nasciturus. Die Verfasserin lehnt in diesem Zusammenhang zunächst mit guten Gründen die Lehre von der fehlenden Rechtsfähigkeit des Nasciturus ab. Zu diesem Ergebnis kommen wohl auch die Ausführungen zur Lehre von der vollen Rechtsfähigkeit des Nasciturus, sodass die Verfasserin letztlich mit der ganz herrschenden Lehre eine bedingte Teilrechtsfähigkeit des Nasciturus bejaht, was im Hinblick auf deren Inhalt und Umfang sorgfältig präzisiert wird.

Der kurze achte und letzte Teil der Arbeit widmet sich schließlich der „Derogation von § 1 BGB“. Die Verfasserin behandelt hier die Frage, wie der Integritätsschutz des Nasciturus mit der geltenden Regelung des § 1 BGB in Einklang gebracht werden kann; sie schlägt insofern eine Änderung von § 1 BGB vor, die insbesondere eine

beschränkte Rechtsfähigkeit im Hinblick auf den Integritätsschutz beinhaltet. Es wird zwar – dies ist zweifellos auch der Verfasserin bewusst – in absehbarer Zeit nicht zu einer Änderung des § 1 BGB kommen, die Sinnhaftigkeit einer solchen Änderung zu begründen ist aber gerade die Aufgabe wissenschaftlicher Forschung. Dieser Aufgabe hat die Autorin sich mit Erfolg gestellt.

Man muss der Autorin nicht in allen Punkten zustimmen – eine gewisse Kritik an ihrem Aufbau bzw. zumindest der „Leserführung“ ist mehrfach angeklungen –, die Arbeit stellt jedoch zweifelsfrei eine Bereicherung auf einem Gebiet dar, das bisher leider nur wenig Beachtung gefunden hat. Dass die Lektüre für mich persönlich bereichernd war, lässt sich daran ablesen, dass ich das Werk mehrfach in meinen Erläuterungen zur (kommenden) 7. Auflage des Münchner Kommentars zum BGB berücksichtigt habe.

DOI: 10.1007/s00350-014-3667-6

Die geschlossene Unterbringung psychisch Kranker. Zivil- und öffentlich-rechtliche Grundlagen.

Von Ernst Brinckmann und Dorit Gräbsch. Verlag C.H. Beck, München 2013, 123 S., kart., €29,00

Das als Leitfaden herausgegebene Buch stellt die Rechtsgrundlagen für die geschlossene Unterbringung von psychisch Kranken in psychiatrischen Kliniken und Pflegeeinrichtungen dar. Die beiden Autoren sind praktisch mit der Bearbeitung von Unterbringungsfragen befasst und stellen im ersten Teil ihres Werkes die einschlägigen Vorschriften des zivilrechtlichen Unterbringungsrechtes und im zweiten Teil auf der Grundlage des Bayerischen Unterbringungsgesetzes die Thematik der öffentlich-rechtlichen Unterbringung vor.

Im 1. Kapitel, das sich dem zivilrechtlichen Unterbringungsverfahren widmet, werden die Voraussetzungen der Betreuung nach § 1896 BGB, der Unterbringung nach § 1906 BGB und für besondere ärztliche Maßnahmen nach § 1904 BGB gut verständlich, mit Belegen aus Literatur und Rechtsprechung, dargelegt. Dem angeschlossen wird eine kurze Darstellung der Voraussetzungen für Lockerungs- und Entlassungsentscheidungen während der Unterbringung gegeben, danach werden Verfahrens- und Zuständigkeitsfragen sowie Haftungsfragen behandelt.

Das 2. Kapitel befasst sich mit den verschiedenen Ausprägungen des subsidiären öffentlich-rechtlichen Unterbringungsverfahrens. Auch wenn die Autoren sich in der Darstellung am Bayerischen Unterbringungsgesetz (Stand 2009) orientieren, wird auf die Rechtslage in den anderen Bundesländern mit Nennung der dort einschlägigen Normen eingegangen, so dass die Ausführungen auch außerhalb Bayerns dem Leser nützlich sein können. Die Darstellung endet mit der Rechtsschutzmöglichkeit und der Abhandlung möglicher Haftungsstatbestände.

Auf die Rechtsprechung des BVerfG zur Verfassungswidrigkeit der landesrechtlichen Regelungen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zur Zwangsbehandlung wird eingegangen. Die inzwischen in Baden-Württemberg in Kraft getretene Änderung des § 8 UBG BW fand jedoch keine Berücksichtigung mehr.

Das Buch wendet sich u.a. an Berufsbetreuer, Sozialpädagogen, Ärzte und mit der Materie beschäftigte Personen und Institutionen. Es gibt auch dem nicht juristischen Leser einen guten Ein- und Überblick über die verschiedenen Fallkonstellationen im Bereich der Unterbringung.

Rechtsassessorin Ulrike Hespeler, Juristische Geschäftsführerin der Landesärztekammer Baden-Württemberg, Stuttgart, Deutschland